

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/49. Jahrgang

September 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnungsspekulanten sollen zahlen

Dies verlangt die Fraktion Gießener Linke im Stadtparlament. In ihrem Antrag fordert Martina Lennartz (DKP) den Magistrat auf, entschiedener gegen den Leerstand von Häusern, Wohnungen und Gewerberäumen und gegen Spekulanten mit Wohnraum in Gießen vorzugehen: Die Stadt soll u. a. einen Leerstandkataster erstellen und bei Leerstand von Wohnraum ab dem 6. Monat eine Leerstandsabgabe erheben.

Von etwa 40 Gebäuden ist bekannt, dass sie – oft jahrelang – ungestraft leer stehen, während gleichzeitig 3000 Wohnungen fehlen. Weder werden in Gießen ausreichend städtische Wohnungen gebaut noch die privaten "Investoren" zu einer mindestens 30%igen Sozialquote verpflichtet. Anscheinend sieht die Stadt stattdessen ihre Aufgabe darin, den Mangel zu verwalten und damit im Interesse der Investoren die Mieten

hochzutreiben. Es ist ein Skandal, dass die Stadt einerseits an den maßlosen ungerechten Straßenausbaubeiträgen festhält und andererseits auf solche Einnahmen verzichtet, die zudem konkrete Verbesserungen bringen können.

Gleichzeitig verlangt die Linksfraktion in einer Anfrage detailliert Auskunft über den sozialen Wohnungsbau in Gießen. Cornelia Mim (Linke) will u. a. wissen: Wie steht es um die Umsetzung des „Wohnraumversorgungskonzepts“ und um die Sozialbindung und Belegungsrechte? Wie ist die Mietpreis-

entwicklung im Flussstraßenviertel und wie viele Suchende stehen auf der Warteliste der Wohnbau?



1. September Antikriegstag



Die Parlamentssitzung findet nach Redaktionsschluss statt.

Inhalt:

Faschismus-Gefahr/Straßenbeiträge	S.2
Weigel-Greulich/Sonntagsöffnung	S.3
Klinik-Streiks/Jobcenter-Unfähigkeit	S.4
Trump/Kinderarmut/Kapitalismus	S.5
Geschichte der DKP Gießen (Schluss)	S.6
Volldampf gegen AfD/Eritrea/Buchtipp	S.7
Termine/Weg mit den §§ 219a u. 218	S.8



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Faschistische Gefahr nicht erst seit der AfD

Für viele ist der Umgang mit der AfD eines der wichtigsten Wahlkampfthemen. Im Mittelpunkt steht die richtige Kritik an der nationalistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und NS-verharmlosenden Ausrichtung der AfD, die nicht unterschätzt werden darf und Bestandteil der Rechtsentwicklung ist.

Die Gründe für ihr Erstarren werden aber nicht genannt.

Die liegen in der seit Jahren andauernden Verarmung großer Teile der Bevölkerung durch Rentenkürzung und Hartz IV.

Dazu kommen Pflegenotstand, Wohnungsnot, Bildungs- und Klimakrise, Abgasskandal – alles Ergebnisse dieses kapitalistischen Systems, in dem alles dem Profit untergeordnet wird. Verantwortlich für diesen Zustand sind CDU/CSU/SPD/Grüne/FDP, die das von Schröder/Fischer beschlossene Verarmungssystem (Agenda 2010) in wechselnden Regierungen – schwarz/grün, schwarz/gelb oder schwarz/rot – unter Kanzlerin Merkel rigoros durchziehen.

Dafür werden die Parteien der GroKo jetzt abgestraft.

Da es den Herrschenden gelungen ist, den Kapitalismus als „alternativlos“ darzustellen und da der Einfluss sozialistischer/kommunistischer Kräfte gering ist, sehen viele in der AfD eine notwendige Opposition.

Dabei steht diese Partei genauso fest auf dem Boden des Kapitalismus mit allen seinen Grausamkeiten wie die anderen Parteien.

Der Zuzug von Flüchtlingen, die aus den Kriegsgebieten in die BRD kommen, wird von der AfD hemmungslos ausgenutzt und die Wut der Menschen auf sie gelenkt, die auch nur Opfer der kapitalistischen Kriege mit deutscher Beteiligung sind.

Es besteht nun die reale Gefahr – nicht dass die AfD in die Landtage einzieht – das tut sie ohnehin, sondern dass sie früher oder später an Regierungen beteiligt sein wird.

Viele sehen damit den Faschismus vor der Tür, das ist falsch und richtig. Falsch ist die Fokussierung auf die AfD, richtig ist die Gefahr des Faschismus.

Die wird seit 30 Jahren gesehen. – Der frühere Chefredakteur von „Capital“ Groß stellte schon Mitte der 90er Jahre fest, „dass der Faschismus eine Möglichkeit der Politik bleiben müsse.“ Der Frankfurter IG-Metaller Heinz Klee sagte 2009: „Der gesamte Staat wird so umgebaut, dass er an den vor

1945 erinnert.“ – Damals gab es weder Flüchtlingsströme noch die AfD.

Inzwischen sind die demokratischen Rechte weiter eingeschränkt und die Polizeibefugnisse ausgeweitet worden, auch in Hessen mit Hilfe der Grünen. – Das bayerische Polizeiaufgabengesetz schafft rechtsfreien Raum und ist reine Willkür – es ist zumindest faschistoid.

Es wurde nicht beschlossen, um „Terroristen“ zu bekämpfen oder um Linke wie den „schwarzen Block“ o.a. zu disziplinieren, sondern zur Bekämpfung derer, die diesem Staat und diesem kapitalistischen System wirklich gefährlich werden können, das ist die Arbeiterklasse, wenn sie sich denn ihrer Lage und ihrer Kraft bewusst wird. Dann sind die „Gefährder“ in den Betrieben und den Gewerkschaften im Visier.

Wer nur die AfD verhindern will, verschleiert das alles und lenkt vom wirklichen Gegner ab. Erika Beltz



Info-Stand der Initiative „Straßenbeitragsfrei“ am 18. 8. in Gießen

Nachdem die Landesregierung den Zwang zur Erhebung aufgehoben (und damit den schwarzen Peter an die

Kommunen gegeben) hat, hüllt sich der Gießener Magistrat in Schweigen. Ein Antrag der Linksfraktion zu

deren Abschaffung war abgelehnt worden. Gießen will weiterhin zigtausend Euro von Bewohnern der Bitzenstraße und demnächst auch in der Anneröder Siedlung kassieren (das Echo berichtete mehrfach).

Andere Kommunen sind da weiter: Das Mörfelder Stadtparlament beschloss, dass der Magistrat die Straßenausbaubeiträge abschafft. In Eschwege im Werra-Meißner-Kreis sollen sie nicht nur abgeschafft werden, dort sollen außerdem die Leute, die in der Vergangenheit zahlen mussten, ihr Geld zurückerstattet bekommen! – Die Petition gegen Straßenbeiträge kann hier unterzeichnet werden: www.strassenbeitragsfrei.de/petition



Frau Weigel-Greilich, es reicht!

Gleich mehrfach steht die Bgm./Stadträtin Weigel-Greilich auf der nächsten Sitzung in der Kritik.

Michael Janitzki (Linke) fordert ihre offizielle Missbilligung durch die Versammlung, weil sie die Kostensteigerung für den Bahndammdurchstich seit Oktober 2016 sowohl dem Magistrat als auch dem Stadtparlament verheimlicht hatte.

Nach geplanten 1,7 Millionen € muss die Stadt nun 4,5 Millionen bezahlen, und das nicht nur wegen der Brutto-Netto-„Verwechslung“.

Die Fraktionen „Gießener Linke“ und „Piraten-Bürgerliste Gießen“ beantragen gemeinsam einen Akteneinsichtsausschuss zum gleichen Thema.

Er soll u. a. klären, wie die Kosten sich von der Projektgenehmigung an entwickelt haben, wie nach dem Bekanntwerden der Unterdeckung in Höhe von 700.000 € verfahren (evtl. Verstoß gegen § 100 HGO) und wann die Kämmerei unterrichtet wurde.

Bereits am 15. 6. hatte der Verein Lebenswertes Gießen ebenfalls einen solchen Ausschuss beantragt, was entsprechend der Bürgerbeteiligungssatzung (der OB liebstes Kind) sein gutes Recht ist.

Danach hätte er spätestens innerhalb von 2 Wochen eine Antwort bekommen sollen; die kam aber erst nach 4 Wochen: Eine Absage, weil das Projekt angeblich am 29. 6. („zufällig“ ein Tag bevor die Frist abließ) abgeschlossen worden sei. Und auch das war zu diesem Zeitpunkt die Unwahrheit.

Das Ganze ist eine große Schweinerei und Mauschelei, kostet der Stadt Millionen und beweist einmal mehr, dass die „Bürgerbeteiligung“ nichts als Humbug ist. - Dass Weigel-Greilich, deren LaGa-Sünden noch nicht aufgearbeitet sind, dennoch in Nibelungen-Treue zur Stadträtin gewählt wird, entlarvt dieses System, das auch auf kommunaler Ebene mit Demokratie wenig zu tun hat.



DKP: Solidarität mit Claudio K.

Die DKP verurteilt die Ermittlungen und Maßnahmen gegen Claudio K. durch die bayerischen Polizeibehörden. Sie unterstellen ihm einen tätlichen Angriff auf einen USK-Beamten auf der Demonstration gegen den AfD-Parteitag am 9. Juni in Nürnberg. Claudio soll mit einer Fahnenstange aus dem „Schwarzen Block“ heraus auf den Polizisten eingeschlagen haben. Zeugen widersprechen dem. Claudio betreute während der gesamten Demonstration den Lautsprecherwagen des Nürnberger Jugendbündnisses. Seitdem wird Claudio vom Staatsschutz überwacht und das Jugendamt verbietet ihm den Umgang mit seinem 5-jährigen Kind. Eine Anfrage des „Bayerischen Rundfunks“ ergab, dass die Polizei die Ermitt-

lungen und Maßnahmen gegen Claudio im Rahmen des neuen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) durchführe und somit rechtmäßig seien.

„Mit Claudio tritt ein, wovor wir und viele andere gewarnt haben. Das neue PAG wurde nicht für den „Kampf gegen den Terror“ geschaffen, sondern um missliebige, kritische und engagierte Menschen zu drangsalieren und mundtot zu machen. Claudio ist Betriebsrat, Gewerkschafter und Kommunist. Als solcher setzt er sich für seine Kollegen im Betrieb und für Frieden, Arbeit und Solidarität auf der Straße ein. Unsere Solidarität gehört ihm!“ sagt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP.

Pressemitteilung der DKP

Sonntagsöffnung am Stadtfest

Nicht zufrieden zeigte sich der Gießener Einzelhandel mit den Umsätzen während der erstmaligen Öffnung der Läden am Stadtfest.

Kein Wunder, wer geht schon mit der Bratwurst in der Hand gerne einkaufen, zumal einige traditionsreiche Geschäfte in der Innenstadt erst gar



Es geht auch anders - REWE macht nicht mit bei Sonntagsöffnung.

nicht aufmachten. Die mittlerweile erneut verkaufte Galerie Neustädter Tor war von den erwarteten tausenden Kunden meilenweit entfernt; das anlassbezogene Programm lockte lediglich ein paar Dutzend Zuschauer an.

Im Schifftenberger Tal gab sich Sommerlad zwar alle Mühe mit dem anlassbezogenen Programm (Stadtfest!). Auch hier verloren sich nur wenige Menschen vor der Bühne und einigen Fressständen, während alle Parkplätze belegt waren und die Kunden die Verkaufsflächen von OBI und Sommerlad bevölkerten.

Fazit der Sonntagsöffnung Stadtfest 2018: Die Menschen kommen in die Innenstadt, um zu feiern und Musik zu hören; einkaufen interessiert nur die wenigsten.

Bei Sommerlad und Co. ist es genau umgekehrt: Hier ist die Ladenöffnung das Highlight und nicht der vom Gesetzgeber vorgegebene Anlass, wie das Stadtfest!

Ich habe schon vor Jahren gesagt, dass das Stadtfest in der Innenstadt der einzige Event in Gießen ist, der eine Sonntagsöffnung ohne die Außenbereiche rechtfertigt.

Alle anderen künstlich aufgesetzten „Events“ wie Sport in der City, Krämermarkt, Liebigs Suppenfest u. ä. halten einer rechtlichen Prüfung nicht stand!

Helmut Appel

Mehrere Unikliniken im Streik

Monatelang haben Krankenkassen und Klinikbetreiber im Auftrag der Bundesregierung wegen einer Regelung der Personalbemessung in Krankenhäusern verhandelt. Wie schon im vorigen Echo bemerkt, wurden damit Böcke zu Gärtnern gemacht: Die Krankenkassen wollen möglichst wenig Geld ausgeben, die Betreiber ihre Profite nicht schmälern. Jetzt wurden diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Keine der beiden Seiten war an einer objektiven Bemessung

Die Betreiber wollten sogar nur die 10% mit dem niedrigsten Bestand nehmen – dann hätten 90% von Einsparungen profitieren können. Jeder, der die Situation in Kliniken kennt, egal ob als Beschäftigter, Patient oder Besucher, erkennt den Irrsinn einer solchen profitorientierten Personalpolitik. Die Belegschaften der Krankenhäuser lassen sich das aber nicht mehr gefallen. Nachdem sie jahrelang eine immer größere Arbeitsbelastung ertragen mussten, ihre eigene Ge-



des mindestens erforderlichen Personals interessiert, sie wollten den Ist-Zustand als Maßstab nehmen. Die Krankenkassen wollten die 25% der Häuser mit dem geringsten Personalbestand als Bemessungsgrundlage festlegen, dann hätten 75% Spielraum für weitere Kürzungen gehabt.

sundheit aufs Spiel setzten und die Freude an der Arbeit verloren, sind sie in vielen Kliniken jetzt in Kampf Stimmung. In den Unikliniken Essen und Düsseldorf streiken Teile der Belegschaft seit einigen Wochen für einen Tarifvertrag zur Entlastung; in der Uniklinik des Saarlandes findet gera-

de eine Urabstimmung für einen unbefristeten Streik statt. Bei den Patienten und in der Bevölkerung finden die Kämpfe des Personals große Unterstützung. Es gibt Bürgerinitiativen zum Thema und Unterschriftensammlungen für gesetzliche oder tarifliche Regelungen. Die Klinikbetreiber haben überzogen – ein paar Stellen mehr, wie vom Gesundheitsminister Spahn versprochen, werden nicht reichen. Die Profitorientierung in Kliniken muss beendet werden.

Gernot Linhart

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
 Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

Jobcenter: Mit allen Mitteln gegen die Arbeitslosen

Ein Beispiel von absoluter Unfähigkeit und Impertinenz gab das Jobcenter vor wenigen Wochen. Der Antrag eines Geringverdieners auf Hartz IV wurde mit einer Begründung abgelehnt, die in mehrfacher Hinsicht habbüchen falsch ist. - Seine Einkünfte von mehreren Monaten wurden einfach addiert und dann als Durchschnittslohn zugrunde gelegt, der über dem vorgeschriebenen Satz liegen würde.

D. h.: Wenn jemand z. B. drei Monate lang Anspruch auf Hartz IV hatte, wurde ihm dies dennoch vorenthalten, weil er in den anderen drei Monaten keinen Anspruch gehabt hätte. Dieser „Ausgleich“ ist vollkommen haltlos und erwartet von dem Betroffenen, dass er – wenn er mal mehr verdient – sein Geld nicht ausgeben darf, son-

dern für Zeiten zurücklegen soll, in denen er weniger verdient. Das ist grotesk! Vorschrift ist, dass jeder Monat extra berechnet werden muss. Und das ist nicht die einzige Beschränkung des Jobcenters: Es wurden 14 Euro monatlich an Heizkosten angerechnet, ein Betrag, mit dem man nicht mal allein das Klo heizen könnte. Zudem wurde „vergessen“, den ihm zustehenden Freibetrag in Höhe von 40 Euro abzuziehen und selbst die simple Rechnung (mit falschen Zahlen) ist noch fehlerhaft. - Selbstverständlich hat der Betroffene Widerspruch eingelegt. Unter der Unfähigkeit, der Überheblichkeit und der Schikaniererei der wechselnden Mitarbeiter des Jobcenters hat er seit Jahren zu leiden und fühlt sich - nachvollziehbar – als Untermensch behandelt.

In seiner Begründung schreibt er: " ... Auch wenn Herr Werner mir mitgeteilt hat, dass die Herrenrasse (Angestellte des Jobcenters) generell keine Fragen von Untermenschen (Hartz-IV-Empfänger) beantwortet und mir mitgeteilt hat, dass ein Untermensch wie ich keinen Anspruch auf eine Kochgelegenheit und keinen Anspruch auf eine warme Mahlzeit... oder Lebensmittel habe... Dies alles ist gesetzeswidrig und verstößt gegen die Menschenrechte."

Dies ist kein Einzelfall und weniger als die Spitze des Eisberges; nur wenige, die so übers Ohr gehauen werden, wehren sich. Es sind Millionenbeträge, um die die Jobcenter so die Bedürftigen prellt – und für diese Sauereien, die die Hartz-IV-Kosten senken, werden Prämien gezahlt.

Trump, Merkel und die Rüstungsspirale

US-Präsident Trump ist ein Unglück für die Menschheit, sagen Politiker aller Richtungen. Und sie haben ja recht. Nebenbei, es sagt auch etwas über die ach so demokratischen Wahlen des freien Westens aus, wenn diese solche Ergebnisse zeitigen können wie den Sieg Trumps. Aber ist nun der US-Präsident isoliert und scheitert mit seinen Zielen? Keineswegs, denn seine Kritiker sind mit ihm in der Sache ja gar nicht uneins.

Da fordert Trump die Nato-Verbündeten auf, ihre Wehretats bis zum Jahr 2024 nicht nur auf zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung zu erhöhen, sondern er verlangt ganze vier Prozent. Und Trump verkündet: „Deutschland hat zugestimmt, viel besser zu werden als bislang.“ Was hat die Kanzlerin zugesagt? 1,5 Prozent des Bruttosozial-

produkts, zwei, vier, und das bis wann? Keiner weiß es. Panzer, Hubschrauber, Personalerhöhung auf nahezu 200.000 Soldaten verspricht Kriegsministerin von der Leyen mit der alten verlogenen Dauerlitanei der Bedrohung aus dem Osten: „Die Nato bewegt sich in die richtige Richtung... Seit 2014 haben wir eine Steigerung des



Verteidigungsetats um 30 Prozent erreicht und planen auf gut 80 Prozent zu kommen.“ Kanzlerin Merkel lässt verlauten, „sie werde ihr Bestes tun,

um die Verteidigungsausgaben des Landes zu erhöhen.“ Ja, aber die SPD ist doch Koalitionspartner in der Regierung und will sich doch als Opposition regenerieren? In der Tat, es gibt Sozialdemokraten, die vor einer neuen Rüstungsspirale warnen. Aber das Sagen haben da andere. Außenstaatsminister Niels Annen, SPD, sagt, die mittelfristige Finanzplanung sehe eine milliardenschwere Erhöhung des Rüstungsetats vor und Finanzminister Scholz, SPD, hat die Erhöhung des Etats schon eingeplant. Wird der ach so isolierte, unberechenbare und abenteuerliche US-Präsident Trump von seinen Bündnispartnern in die Schranken verwiesen? „Der Druck von Trump hat etwas bewirkt“, sagt der litauische Außenminister. Unter vorgegeblicher Kritik bewegt sich die kapitalistische Welt in die vom Präsidenten vorgegebene Richtung einer gefährlichen neuen Runde des Rüstungswettlaufs. Abrüstung statt Hochrüstung? Keine Spur.

Klaus Mewes

Jedes 3. Kind leidet unter Armut!

Entgegen bisheriger Annahmen leidet hierzulande offenbar jedes dritte Kind unter materiellem Mangel. Das haben am 22.8. veröffentlichte Berechnungen des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) ergeben. Danach sind rund 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen, 1,4 Millionen mehr, als in bisherigen Studien aufgeführt... Bisherige Studien erfassten nur Kinder, für die der Staat existenzsichernde Sozialleistungen zahlt, wie Hartz IV, Kinderzuschlag oder Wohngeld. Das waren zuletzt etwa drei Millionen unter 18jährige. "Zählt man aber auch Familien dazu, die Anspruch darauf haben, dies aber nicht nutzen, ist die Zahl armer Kinder deutlich höher", so der DKSB. Grund sei, dass viele Betroffene ihnen zustehende Leistungen aus Scham oder Unkenntnis nicht beantragten. Der Verband verwies dazu auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion vom Juni dieses Jahres. Demnach beziehen etwa die Hälfte aller eigentlich anspruchsberechtigten Familien kein aufstockendes Hartz IV. Allein davon seien rund 850.000 Kinder betroffen. Der Rest verzichte auf Kinderzuschlag, Sozialhilfe oder Wohngeld. (aus: junge Welt vom 23.8.)

McDonald's ohne Klimaanlage?

Am 22. August um 17.00 Uhr war es wieder einmal sehr warm. Im Gastraum (Lobby) blieb es bei 28,5 Grad erträglich, rechts an der Theke herrschten schon 31 Grad, dahinter, wo Pommes brutzelten und Burger zubereitet wurden, war es für das Personal recht unangenehm. Sollen hier auf Kosten des Personals Einsparungen durchgeboxt werden? Pluspunkt für McDonald's: Man bekommt ohne Verlangen eine Rechnung im Gegensatz zu Lokalen im Umfeld. M.B.

Der Kapitalismus weiß, dass er am Ende ist

Konstantin Wecker, der auch beim diesjährigen Pressefest der UZ wieder auftreten wird, äußerte sich in einem Interview mit der UZ wie folgt:

Man braucht nicht einmal Marx zu zitieren, um zu wissen, dass der Kapitalismus am Ende ist. Und das weiß der Kapitalismus selbst am besten. Und was tut man, wenn so ein System am Ende ist? Man führt Krieg. Nach Innen und nach Außen. Den Herrschenden und den Großkonzernen

ist natürlich eine wie auch immer geartete faschistoide Regierung lieber als eine demokratische. Da können sie dann die ganze Zeit ungestört ihre Geschäfte machen – und darum geht es ihnen ja auch nur. Der Markt wählt. Es gibt ja offenbar genug Menschen, die so denken. Ich glaube auch, dass

es bestimmte Kreise gibt, die denken, aus dem sich anbahnenden wirtschaftlichen Dilemma kommt man am besten mit einem Krieg heraus. Und das wäre nicht das erste Mal. Das gab es schon öfter in der Geschichte der Menschheit.

50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Schluss)

Aus dem Widerstand gegen Hartz IV hatte sich in Gießen das Linksbündnis (PDS, DKP, WASG, Demokratische Linke) entwickelt, das gemeinsam zu den Kommunalwahlen im März 2006 mit der Liste „Die Linke“ antrat. Mit Erfolg: In der Stadt konnten vier



und im Kreistag drei Sitze errungen werden. Von der DKP wurden Michael Beltz ins Stadtparlament und Erika Beltz in den Kreistag gewählt. Damit waren erstmals seit dem KPD-

Verbot 1956 wieder Kommunisten in den kommunalen Parlamenten vertreten. Während Erika Beltz, die keinen Sitz angestrebt hatte und von Platz 9 auf Platz 3 nach vorne gewählt worden war, ihr Mandat nach einiger Zeit zurückgab, ist Michael Beltz bis heute Stadtverordneter. Eine Ehrung der Gießener Antifaschistin Ria Deeg, die wegen ihres mutigen Widerstands gegen das NS-Regime ins Zuchthaus gesperrt worden war, war ihm ein persönliches Anliegen. Ria Deeg war bereits 1987 mit der Gießener Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet worden und im Juli 2007 in einer Feierstunde der Stadt von dem damaligen OB Haumann (CDU) gewürdigt worden. Alle weiteren diesbezüglichen Anträge wurden jedoch von dem neuen SPD/Grünen Magistrat, teilweise mit fadenscheinigsten Begründungen, abgelehnt. Höhepunkt war der Beschluss, Ehrungen erst 20 Jahre (bisher 10 Jahre) nach dem Tod vorzunehmen.

2011 war auch das Jahr des beginnenden Widerstands gegen die Landesgartenschau 2014 (LaGa). Es entstand die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“, die tausende Unterschriften sammelte, die LaGa zwar nicht verhindern, aber wenigstens

das Schwanenteichufer retten konnte. Viele DKP-Mitglieder waren verlässliche Mitstreiter. Für dieses Prestigeobjekt der Bgm. Weigel-Greilich (Grüne) wurden hunderte Bäume gefällt, ein grenzenloser Umweltschmelzer an Flora und Fauna begangen und die

Wieseckkaue bis heute zum „Stadtspark“ mit Krawall-Veranstaltungen im Landschaftsschutzgebiet umfunktioniert. Die tatsächlichen Kosten werden bis heute verheimlicht.

Andere Schwerpunkte der DKP waren u.

a. die Missstände im privatisierten UKGM, die schändlichen Hartz-IV-Gesetze, die Wohnungsnot sowie die verkaufsoffenen Sonntage.

Zu den Kommunalwahlen 2016 trat das Bündnis „Gießener Linke“ (DKP, Die Linke und Linkes Bündnis) an und errang in Gießen fünf Sitze. Für das Stadtparlament kandidierten von der DKP: Michael Beltz, Martina Lennartz, Helmut Appel, Gernot Linhart, Erika Beltz und Mario Berger, für den Kreistag außerdem: Hermann Fredersdorf, Gunter Geis und Henning Mächerle. Seither sind mit Martina Lennartz, die als Sprecherin der Anti-LaGa-BI bekannt geworden war, neben Michael



Beltz zwei DKP-Mitglieder im Stadtparlament vertreten. Aber auch die AfD stellt acht Abgeordnete, unter ihnen der Faschist Hilmar Jordan, dessen Hauptsache in der Ehrung des faschistischen Greifgeschwaders mit Denkmal an der Licher Gabel besteht. Als wir dies im Echo berichteten, zeigte er die Herausgeberin Erika Beltz wegen „Beleidigung“ an – und bekam gerichtsfest bestätigt, dass einer, der Faschisten huldigt, auch als solcher bezeichnet werden darf. 2017 kandidierte die DKP erstmals seit vielen Jahren wieder zu den Bundestagswahlen; auf der hessischen Landesliste: Erika Beltz, Tobias Salin, Henning Mächerle (auch Direktkandidat im Wahlkreis Gießen), Rainer Grabowski und Michael Beltz.

Natürlich war das Ergebnis miserabel, aber bereits die Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften, bei der hunderte Gespräche geführt wurden, ist

ein Erfolg und das Ergebnis – minimal mehr Stimmen als bei der letzten EU-Wahl – macht Mut für das nächste Jahr, in dem die DKP wieder zum EU-Parlament kandidieren will.

Aktuell beteiligt sich die DKP an der Aktion der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“. 1000 Unterschriften will die DKP Gießen sammeln, fast 800 sind bereits erreicht.



Referenten der DKP (einige mehrfach in zeitlicher Reihenfolge, Themen in Klammern):

Klaus Eichner, Dieter Feuerstein, Dieter Popp, Heinz Stuckmann (alle DDR-Kundschafter im Westen), Prof. Hans-Heinz Holz, Klaus von Raussendorff (Irak), Generalkonsul César Mendez Gonzales (Venezuela), Harald Neuber (Kuba), Karl Stiffel (Opfer Kalter Krieg), Matin Baraki (Nahost-Krieg), Günter Pohl (Kuba), Karin Leukefeld (Krieg in Gaza), Lucas Zeise (Finanzkrise), Horst Schäfer (Kuba), Pit Metz (Kommunismus), Nick Brauns (Kurdistan), Nina Hager (Ria Deeg), Ekkehard Siecker (Kuba), Inge Vielt (DDR), Hans Heisel (Résistance), Werner Ruf (Arabien), Markus Bernhardt (NSU), Erich Schaffner, G. Fülberth, T. Bauder (UKGM), Alfred Mansfeld (Eritrea), Patrik Köbele, Hans-Peter Brenner (EU), Achim Bigus (1. Mai), Max Matthes (Jugendarbeitslosigkeit), Klaus Hartmann (Ukraine), Bernd Langer (Antifa), Jürgen Lloyd (Antifa), Roberto Berbes (Kuba), Peter Donatus (Flucht und Asyl), Werner Altmann (Hartz IV), Andreas Wehr (Griechenland), Axel Koppey (1. Mai), Jane Zahn, Irina Sanchez Ortiz (1. Mai)

Mit Volldampf gegen die AfD

„Die AfD darf nicht in den Landtag!“ So wünschen es die Aufrufer von SPD, Gewerkschaft und auch GRÜNE. Die Wähler werden diesem Wunsch nicht folgen.

15%, so sagen es Meinungsforscher, werden diese Partei wählen. Wenn die Parteien der Herrschenden nichts tun (gelegentlich mal ein wenig Kosmetik) für die Armen, gegen Hartz IV, gegen Wohnungsnot, gegen Pflegegeldnotstand, für mehr Bildung und qualifizierte Ausbildung... Dann muss die AfD keinen Wahlkampf führen. SPD, GRÜNE, CDU/CSU und FDP sorgen mit ihrer Politik gegen die abhängigen Beschäftigten, und gegen die Rentner, schon für einen erfolgreichen Einzug ihrer scheinbaren Gegner ins Parlament. Berechtigte Schimpfreden gegen rechtsradikale Rassisten wie Höcke nutzen wenig.

Gegenüber Faschisten hat der Gießener Magistrats stets Milde walten lassen – sei es beim Greifdenkmal, beim Otto-Eger-Heim oder bei der Weigerung, dem NS-Verbrecher Hermann Schlosser die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen.

Wenn die Gießener Oberbürgermeisterin sich in unserer Stadt nun nicht an die Spitze des Aufrufes gegen die AfD stellt, dann tut sie gut daran. Als im Jahr 2011 die Faschisten der NPD in Gießen aufmarschierten, versuchte das Bündnis „Gießen nazifrei“ dies zu verhindern. Die Stadt dagegen schützte die Faschisten mit einem Aufgebot von 4000 Polizisten und von der OB gab es ganz bescheiden die von ihr ausgesprochene Hoffnung: „Gießen bleibt bunt!“ - Mitgezählt wurden als Demonstranten für diese Losung alle Menschen, auch die ein-

kaufend im Seltersweg waren. Auch danach wurden NPD-Kundgebungen und -Info-Stände stets – ohne jeden Versuch sie zu verhindern – genehmigt und fanden in Gießen statt, zwar unter den Pfeifkonzerten der Antifaschisten, aber auch unter dem Schutz der Gießener Polizei.

Zur Ehrenrettung der SPD: Der Wetzlarer Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) ließ der NPD keinen Raum für eine geplante rechtsradikale Kundgebung – trotz Strafandrohung. Michael Beltz

Eritrea beim Tag der Kulturen



Auch mehrere eritreische Tanzgruppen beteiligten sich am Tag der Kulturen vor der Kongresshalle. Sie hatten doppelt Grund zum Feiern, denn der neue Präsident des Nachbarlands Äthiopien, das seit Jahren einen erbitterten Grenzkrieg gegen Eritrea führte, hat nun einen Friedensvertrag unterzeichnet. Damit kann auch der Nationaldienst, den alle eritreischen Jugendlichen verpflichtend leisten mussten, deutlich verkürzt werden.



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbrief, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für
Oktober-Echo: Mi., 26. Sept.

Leser-Buchtipp

Mit meinen Zeilen möchte ich auf eine meines Erachtens wichtige Publikation aufmerksam machen. Hermann Leihkauf: DDR. Zum aktuellen Kampf um die Deutungshoheit über den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden. GNN-Verlag, Schkeuditz 2017, 10 Euro.

Prof. Dr. Herbert Graf, dem ich uneingeschränkt zustimme, führt darin aus: „Das vorliegende Buch von Hermann Leihkauf, der von 1949 bis 1990 auf allen Ebenen der Volkswirtschaft in Betrieben, im ministeriellen Bereich und schließlich an führender Stelle der Staatlichen Plankommission arbeitete, vermittelt dagegen [d. h. im Gegensatz zu einschlägigen Lügenmärchen – E. K.] all denen, die an der Wahrheit über die DDR interessiert sind, ein überzeugendes, weil auf Tatsachen gestütztes Material.

Im heutigen Chaos, das vielen Menschen zunehmend Sorge bereitet, erinnern sich nicht wenige an die Konstruktivität staatlicher Planung, die – trotz mancher zeitbedingter Unvollkommenheit – im Gegensatz zur Brüsseler EU-Wirtschaftsteuerung kein bürokratisches Monster war. - Die Planwirtschaft der DDR folgte auch dem Gedanken des großen Albert Einstein, der hinterließ: *„Eine Planwirtschaft, welche die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all diejenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren.“*

Ein Blick in Leihkaufs Buch macht deshalb klüger und faktensicherer." - Es handelt sich um eine mehr als 150 Seiten umfassende Argumentationshilfe.

Prof. Dr. Eike Kopf, Erfurt



Mittwoch, 5. September, 18.30 Uhr, Alevitische Gemeinde Gießen, Reichenberger Str. 5

Film- und Diskussionsabend: „Mein Paradies“

(Dokumentarfilm, Deutschland/Syrien 2016, 104 Min., Kurd./Arab. mit dt. UT) über das frühere Leben in Nordsyrien mit dem Regisseur

Ekrem Heydo

Im Anschluss kann mit dem Regisseur diskutiert werden.
Veranstalter: Gießener Bündnis für Frieden in Afrin, Eintritt frei

Weg mit den §§ 219a und 218 Solidarität mit Kristina Hänel am 6. 9. um 8.15 Uhr vor dem Landgericht

Seit Monaten reißt die Diskussion um das Thema Schwangerschaftsabbruch und die rechtliche Ausgestaltung in Deutschland nicht ab. Auslöser dafür war der Prozess gegen die Gießener Ärztin Kristina Hänel, die von einem Abtreibungsgegner angezeigt und im November letzten Jahres vom Amtsgericht Gießen zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro verurteilt wurde. Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland durchführen und darüber informieren, werden angezeigt, verklagt und verurteilt, weil es ihnen als Werbung ausgelegt wird. Gesundheitsinformation zum Schwangerschaftsabbruch und Information zu Leistungsanbietern sind keine Werbung, ein Werbeverbot existiert auch überhaupt nicht. Auch die DKP Gießen erklärt sich mit K. Hänel solidarisch.

Der aus dem Jahr 1933 stammende § 219a muss aus dem Strafgesetzbuch verschwinden. Informationsbereitstellung über Schwangerschaftsabbruch muss entkriminalisiert werden. Das elementare Recht von Frauen auf vollständige, gesundheitsbezogene Information wird bis heute durch den § 219a verhindert. Hänel sagt, wenn man Leben schützen wolle, müsse man allen Frauen gleichberechtigten Zugang zu Verhütungsmitteln und zum Abbruch erlauben. Es ist laut Grundgesetz die Aufgabe des Staates die Freiheit des Gewissens (§4) und der freien Meinungsäußerung (§5) zu bewahren und nicht eine Moral zu vertreten. Am 6. September wird um 8.15 Uhr vor dem Gießener Landgericht, Ostanlage 15, der Berufungsprozess gegen die Ärztin Kristina Hänel verhandelt. Vor dem Gericht wird eine Kundgebung stattfinden. M. Lennartz

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**

DKP-Termine
Die nächste Mitgliederversammlung der DKP findet statt am Dienstag, dem 18. September, der nächste Info-Stand am Samstag, dem 6. Oktober.

Wir bitten um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

